

ANFRAGE von Dr. Ulrich E. Gut (FDP, Küsnacht)

betreffend Arbeitsnachfrage ausserhalb des Wettbewerbs um vollbezahlte
 Erwerbsarbeit

Mehrere Bevölkerungsgruppen brauchen und suchen Arbeit ausserhalb des Wettbewerbs um vollbezahlte Erwerbsarbeit:

- Behinderte
- Arbeitslose
- Personen (grossmehrheitlich Frauen), die aus dem Beruf ausgestiegen sind, um familiäre Aufgaben zu übernehmen, und nicht wieder ins Erwerbsleben zurückkehren können
- Asylbewerber, Asylbewerberinnen
- Strafgefangene
- Militärdienstverweigerer.

Obwohl für diese Gruppen schon heute nicht genügend Arbeit vorhanden ist und sie untereinander in einem härter werdenden Wettbewerb stehen, wird immer wieder die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht in Erwägung gezogen. Eine solche könnte die Beschäftigungsaussichten der oben angeführten Gruppen zusätzlich vermindern.

Es wird dringlich, einen Gesamtüberblick herzustellen, Lage, Entwicklungs- und Beeinflussungsmöglichkeiten zusammenhängend zu beurteilen und, wenn möglich, Massnahmen zu treffen. Ich frage deshalb den Regierungsrat:

1. Wer hat oder verschafft sich im Kanton Zürich den Überblick über Angebot und Nachfrage auf diesem komplementären Arbeitsmarkt?
2. Muss die obige Aufzählung von Gruppen, welche Arbeit brauchen, aber nicht als Wettbewerbsteilnehmer auf den freien Erwerbsarbeitsmarkt gehen können, ergänzt werden?
3. Welche Koordinationsmassnahmen können und sollen durch private Institutionen oder durch den Staat getroffen werden, damit insbesondere die Behinderten nicht der sich verschärfenden Konkurrenz unter diesen Gruppen zum Opfer fallen? (Der kürzlich notwendig gewordene Kampf von Behindertenwerkstätten um einen Grossauftrag, den ihnen die Strafanstalt Pöschwies abwerben wollte, veranschaulicht dieses Problem.)
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Beschäftigung der oben genannten Gruppen und aller Personen, die freiwillig arbeiten möchten, Vorrang vor der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht hat?

Dr. Ulrich Gut